

<b>Vorlage</b>		<b>Vorlage-Nr:</b> BA 5/0050/WP18
Federführende Dienststelle: B 5 - Bezirksamt Aachen-Laurensberg		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 13.04.2022
		Verfasser/in:
<b>Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.03.2022 (öffentlicher Teil)</b>		
<b>Ziele:</b> keine		
<b>Beratungsfolge:</b>		
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>
04.05.2022	Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg genehmigt die Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg (öffentlicher Teil) vom 16.03.2022.

**Protokoll:**

Öffentlicher Teil

**zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Frau Bezirksbürgermeisterin Perschon eröffnet die Sitzung der Bezirksvertretung Laurensberg.

Die Vorlage Maßnahme zur Verkehrsberuhigung in Orsbach wurde als Tagesordnungspunkt 4 neu aufgenommen.

**zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2022 (öffentlicher Teil)**

**Vorlage: BA 5/0046/WP18**

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg genehmigt die Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg (öffentlicher Teil) vom 19.01.2022

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: einstimmig                      Ablehnung:      Enthaltung: 2

**zu 3 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner in bezirklichen Angelegenheiten**

Folgende Fragen bezüglich der Verkehrsmaßnahme in Orsbach wurden seitens der Einwohner\*innen gestellt:

Herr W. aus Orsbach möchte wissen, an welcher Stelle die Geschwindigkeitsmessung durchgeführt wurde und warum gerade diese Stelle ausgewählt wurde. Zudem fragt er nach der Anzahl der gezählten Autos und ob es Wiederholungen gab.

Herr G. aus Orsbach findet, dass die kleine Maßnahme eine große Wirkung bei den Orsbachern gezeigt hat und sehr viel Aufregung und Unmut im Dorf hervorgerufen hat. Er sieht durch die Maßnahme keine Verbesserung; es wird nicht langsamer gefahren und ein Unfall ist vorgrogrammiert. Er fragt nach, ob es vorgesehen ist, die Maßnahme zu überprüfen und ob es weitere Messungen/ Beobachtungen gibt.

Herr G. aus Orsbach sieht sich als Landwirt stärker betroffen als normale Verkehrsteilnehmer. Er muss mit seinen großen Maschinen nach links ausweichen, daher ist das Parken für ihn das große Problem. Er bezweifelt ob Parkverbotsschilder hilfreich sind und hätte Drempels bevorzugt. Ebenso möchte Herr G. wissen, warum es keine frühzeitige Anhörung gegeben hat.

Herr H. aus Orsbach fragt, ob bei der Umsetzung der Maßnahme die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer geprüft wurde.

Die Antworten zu den gestellten Fragen werden im Tagesordnungspunkt 4 berücksichtigt.

#### **zu 4 Maßnahme zur Verkehrsberuhigung in Orsbach**

##### **hier: Sachstandsbericht**

Frau Bezirksbürgermeisterin Perschon eröffnet den Tagesordnungspunkt mit einer kurzen Erläuterung der Umbaumaßnahme in Orsbach. Es gab 2018 eine Beschwerde bzw. Klage über zu schnelles Fahren in der Düserhofstraße. Die durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen ergaben, dass aufgrund der hohen Anzahl der Überschreitungen Handlungsbedarf besteht. Prüfungen vor Ort welche Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung beitragen können, ergaben, dass aufgrund der baulichen Gegebenheiten lediglich die jetzt umgesetzte Maßnahme in Betracht kam, um Beeinträchtigungen der angrenzenden Grundstücke möglichst zu vermeiden.

Die Maßnahme zur Verkehrsberuhigung stellt mit 10.000 € Kosten eine kleine Maßnahme dar, sodass keine Bürgerinformation erfolgt ist. Frau Perschon hält jedoch fest, zukünftige Maßnahmen anzukündigen.

Herr Larscheid vom FB 61 erläutert die Verkehrsberuhigung Düserhofstraße anhand einer Präsentation. Die Messungen wurden in Höhe der Hausnummer 39 durchgeführt und es wurden 4.550 Fahrzeuge gezählt. Die Messung an der Stelle ergab eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 37 km. Seitens FB 61 wurde ebenfalls klar gestellt, dass es sich um eine kleine Maßnahme handelt, wo keine Bürgerbeteiligung im Vorfeld hätte stattfinden müssen. Man ist sich jedoch bewusst, dass ein Austausch mit den Anwohner im Vorhinein besser gewesen wäre.

Die Bezirksvertretung Laurensberg ist sich einig, dass eine Kommunikation mit den Bürgern sinnvoll gewesen wäre. Man sollte die Fragen der Anwohner und der Landwirte/ Lohnunternehmer bearbeiten und Rückmeldung geben.

Frau Schmitt-Promny (Bündnis 90/Die Grünen) sieht ein Parkverbot als sinnvoll an, da die linke Seite gefährdet ist; Frau Efes (SPD) hält dies nicht für sinnvoll. Herr Liebmann (Bündnis 90/Die Grünen) möchte wissen, warum keine anderen Maßnahmen in Erwägung gezogen wurden.

Hier stellt der Fachbereich 61 klar, dass man andere Maßnahmen (z. B. alternierendes Parken oder Drempelausführungen etc.) in Erwägung gezogen hat, diese aber wieder verworfen hat. Herr Henkes (CDU) hält fest, dass es wichtig ist, die umgesetzte Maßnahme zu beobachten. Frau Epstein (Die Linke) ist der Meinung, dass Drempel eine geeignete Maßnahme darstellen würden. Frau Schmitt-Promny (Bündnis 90/Die Grünen) hält dagegen, dass Drempel in der Vergangenheit auf der Rathausstraße wieder weg gemacht wurden. Eine Evaluierung der Maßnahme wird zu gegebener Zeit durch die Verwaltung erfolgen.

Frau Bezirksbürgermeisterin Perschon bedankt sich für die konstruktive Kommunikation und schließt den Tagesordnungspunkt.

## **zu 5 Aktuelle Projekte und Vorhaben des Uniklinikums**

### **hier: Sachstandsbericht durch Frau Bekaam (Bereichsvorstand Bau und Brandschutz)**

Frau Bezirksbürgermeisterin Perschon begrüßt Frau Heike Bekaam vom Bereichsvorstand Bau und Brandschutz des Universitätsklinikums Aachen. Frau Bekaam erläutert die aktuellen Projekte des Uniklinikums anhand einer Präsentation.

Die Bezirksvertretung Laurensberg ist sich einig, dass die Kommunikation und der Austausch mit dem Klinikum zwischenzeitlich sehr gut ist; und diese beibehalten werden soll.

Herr Gilson (CDU) fragt nach, ob für Fahrräder neue Stellplätze geplant sind. Frau Bekaam erklärt, dass für E-Bikes kaum Platz vorhanden ist und im Parkhaus die Stellplätze nur befristet sind. Auf Nachfrage von Herr Kusch (CDU) nach der Planung der elektrischen Ladestationen konnte seitens des Uniklinikums noch keine konkreten Termine genannt werden. Die Ladesäulen kommen in einem mehrstufigen System.

Frau Schmitt-Promny (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass man die Kommunikation auch ins Viertel rein führen muss wobei dass unter Corona sehr schwierig ist. Auf die Nachfrage von Frau Bezirksbürgermeisterin Perschon den Zugang für behinderte Menschen sicherzustellen, antwortet Frau Bekaam, dass das Uniklinikum mit dem Behindertenbeauftragten in Kontakt steht.

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen mehr.

**zu 6    Roermonder Straße im Abschnitt Überflieger über die Kohlscheider Straße bis Rathausstraße**  
**hier: Bürger\*innenbeteiligung zur Optimierung der Radverkehrsanlagen im Rahmen der anstehenden Asphaltmaßnahme**  
**Vorlage: FB 61/0352/WP18**

Herr Bezirksvertreter Gilson (CDU) übernimmt als stellvertretender Bezirksbürgermeister den weiteren Sitzungsverlauf.

Herr Engels vom FB 61 erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation und verdeutlicht somit den Unterschied der Buffered-Lane zur Protected-Bike-Lane. Die Terminplanung für die reine Asphaltmaßnahme ist für die 17., 18. und 19. KW (Anfang Mai) geplant.

Frau Schmitt-Promny (Bündnis 90/Die Grünen) möchte wissen ob es vor den Asphaltarbeiten zu der geplanten Bürger\*innenbeteiligung kommt und ob die Parkstände größer gemacht werden? Herr Engels stellt klar, dass vor den Markierungsarbeiten der Bürger\*innendialog stattfinden wird, wohl aber nicht vor den Asphaltarbeiten. Ebenso möchte Sie wissen, ob die Streifen-Markierung bei der Buffered Lane durchgehend ist; weil sie nicht gut wahrgenommen wird.

Frau Epstein (Die Linke) fragt wohin die Taxen ausweichen sollen und merkt an, dass die rote Fahrbahnmarkierung nur für ein paar Jahre hält. Ebenso hält Sie eine Sicherheitsinsel für diejenigen, die aus dem Bus aussteigen und die Roermonder Str. überqueren möchten, für sinnvoll.

Herr Kusch (CDU) bittet darum frühzeitig die Bürger zu informieren. Die CDU-Fraktion spricht sich für die geschützte Maßnahme der Buffered-Lane aus.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bitten um eine kurze Beratungspause.

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen.

#### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg empfiehlt dem Mobilitätsausschuss, die Verwaltung mit der Durchführung einer Bürger\*innenbeteiligung zur Optimierung der Radverkehrsanlagen im Rahmen einer Oberflächensanierung auf der Roermonder Straße im Bereich zwischen der Kohlscheider Straße und der Rathausstraße zu beauftragen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: einstimmig                      Ablehnung:      Enthaltung:

#### **zu 7      Errichtung von netzgebundenen Trinkwasserspendern im öffentlichen Raum - Standortkonzept;**

**hier: Ratsanträge der Grünen Fraktionen in den Aachener Bezirken Mitte, Eilendorf, Brand, Haaren, Kornelimünster/ Walheim, Laurensberg und Richterich**

**Vorlage: FB 61/0343/WP18**

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg ist sich einig, dass die Kosten zur Errichtung von netzgebundenen Trinkwasserspendern im öffentlichen Raum zu hoch seien und man ein kostengünstigeres Modell finden sollte.

Herr Gilson (CDU) machte darauf aufmerksam, dass es lediglich um die Standortfrage ginge.

Es erfolgten keine weiteren Anmerkungen.

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Standortsuche zur Errichtung von Trinkwasserspendern auf Basis des vorliegenden Standortkonzeptes und der Konkretisierung der Planung.

Der Antrag der Fraktion Die Grünen vom 26.9.2018 gilt damit als behandelt.

**zu 8 Umbau Bezirksamt Laurensberg**

**Hier: Sachstandsbericht**

Herr Bonnen vom Gebäudemanagement stellt die Variante -Sitzungssaal im Erdgeschoss- anhand einer Präsentation vor. Er betont, dass die Preise der Variante zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegenübergestellt wurden, da es nur eine grobe Planung ist.

Frau Schmitt-Promny (Bündnis 90/Die Grünen) empfindet die vorgestellte Lösung als sehr dunkel und schlägt vor, den Eingangsbereich (linke Seite) mit Glas auszustatten um mehr Licht im Wartebereich zu bekommen. Ebenso sollte im ersten Obergeschoss die WC-Anlagen im Sitzungssaal integriert werden. Herr Bonnen stellt klar, dass dies nicht geht, da es sich um eine tragende Wand handelt.

Herr Gilson (CDU) merkt an, dass die Planung im Erdgeschoss keine gute Lösung ist und nicht nur Stellplätze wegfallen sondern auch erhebliche Kosten verursachen würde. Er befürwortet den Vorschlag den Sitzungssaal mit dem neuen Saal der Feuerwehr zu integrieren.

Frau Epstein (Die Linke) sieht einen Mangel an Tageslicht nicht als problematisch an und schlägt künstliches Licht vor. Sie findet jedoch, dass der Preisvergleich fehlt.

Auf die Frage von Herr Kusch (CDU) nach dem Platzgewinn antwortet Herr Bonnen, dass der jetzige Sitzungssaal eine Größe von 59 qm hat und die Variante im Erdgeschoss eine Größe von 135 qm erreichen kann.

Herr Feron (CDU) fragt nach der Verbindung zur Feuerwehr und möchte wissen wie es aussehen soll. Brandschutztechnisch ist es nicht möglich eine Verbindungstür zu errichten.

Auf den Vorschlag des Herrn Kusch (CDU) den Anbau auf einem Ständerwerk zu errichten und so die Anbindung zum alten Sitzungssaal herzustellen, wurde seitens Herr Gilson das Augenmerk auf den behindertengerechten Umbaus gelenkt.

Die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg ist sich einig, dass die weitere Planung an einem Vorort Termin im Bezirksamt stattfinden sollte. Ein Terminvorschlag zur Hausbegehung wird zeitnah durch die Verwaltung vorgeschlagen.

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: einstimmig                      Ablehnung:      Enthaltung:

**zu 9 Vergabe der bezirklichen Mittel 2022**

**Vorlage: BA 5/0049/WP18**

Herr Gilson verweist auf die interfraktionelle Sitzung. Ein Termin wird zeitnah durch das Bezirksamt festgelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: einstimmig                      Ablehnung:      Enthaltung:

**zu 10 Behandlung von Anträgen**

Anträge an die Bezirksvertretung liegen nicht vor.

**zu 11 Beantwortung von Anfragen**

Anfragen an die Bezirksvertretung liegen nicht vor.



**zu 12 Mitteilungen der Verwaltung**

Mitteilungen der Verwaltung für den öffentlichen Teil liegen nicht vor.